

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Bernau, Postfach 10, (Am Sch. Handeltelt.) Carl Misch, Berlin, Uverf. Manuskripte werden zurückschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Köstlerstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Am Dönhofsplatz 300-300A, für den Fernverkehr Am Dönhofsplatz 300-300A, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

In Preußen Kampf — im Reich Kapitulaton

Der Janusstopp der Deutschen Volkspartei

Die Frage, die man nach den gestrigen Erklärungen des Reichsaussenministers im Reichstage aufwerfen möchte, will die Deutsche Volkspartei im Kampf gegen das Kontraktbündnis aufreithalten oder vor dem Zentrum und den Deutschen Nationalen Kapitulationen weichen, ist nun beantwortet. Nach alter national-liberaler Lehre mit „Ehre freilich“ — Andererseits in Preußen, wo sie sich in der Dypollitik befindet, will die Deutsche Volkspartei gegen eine Kontraktbündnis mit dem Zentrum aufreithalten, im Reich, wo sie in der Reichstagsfraktion sitzt, also weit entscheidenderen Einfluß hat, kapituliert die Deutsche Volkspartei vor den mächtigen Koalitionsgenossen. Am 3. März nachmittags wird heute im Reichstage die Abstimmung über die demografische Entschädigung gegen ein Kontraktbündnis stattfinden. Die Parteien der Regierungskoalition, wie sie darauf geeinigt haben, die Entschädigung abzulehnen, werden die Abstimmung mit der Erklärung motivieren, daß den Verhandlungen über eine so wichtige Angelegenheit wie ein Kontraktbündnis durch Entschädigungen nicht vorgereifert werden könne. Mit dem Zentrum und den Deutschen Nationalen werden auch die Volksparteiler gegen die demografische Entschädigung stimmen. Nicht ohne Grund wird die Angriffe, die Dr. Stresemann in seiner Kontraktbündnisrede gegen die Demokraten und besonders gegen den preussischen Außenminister Wedder gerichtet hat, treffender, als die Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei bei der ersten Gelegenheit, die sich ihr bietet, ein offenes Bekenntnis gegen das Kontraktbündnis, die Demokraten in die Lage lassen will. Die Motivierung, daß man durch Entschädigungen den Verhandlungen des Kontraktbündnisses den notwendigen Rückenwind geben könne, ist jedoch nicht zureichend, als daß sie ernst genommen werden könnte. Wer wirklich gegen ein Kontraktbündnis ist, würde einen Antrag wie den demokratischen dazu benötigen, der Regierung sich die Verhandlungen mit dem Zentrum von vornherein eine gebundene Wortföhrung zu geben, das Parlament schließe gegen ein Kontraktbündnis, das die Schwäche des Staates anzeigt, dem Verleihen des Verleihen widerpricht. Wenn die Deutsche Volkspartei heute Entschädigung der Demokraten ablehnt, dann bedeutet das eine glatte Waffenkündigung, wenige Tage nach einer mit lauten Fanfarenstößen angekündigten Offenheit. Deutlicher konnte sich die Schwäche der Volkspartei, die die Deutsche Volkspartei in der gegenwärtigen Regierungskoalition hat, nicht entüllen. Die Deutsche Volkspartei kann nicht führen, sie kann den härteren Weggeboten nur gehorchen, wenn auch widerwillig folgen.

Die Presse des Zentrums und der Deutschen Nationalen spricht heute ihren Spott über Dr. Stresemann aus, der vor dem Sitzungsbeginn des Herrn v. Oudendorp und des Großen Westarp zusammengetroffen ist. Wenn es auch nicht zureichend (das von anderer Seite behauptet worden ist), daß der päpstliche Nuntius Pacelli wegen der Kontraktbündnisrede Dr. Stresemanns beim Reichstag über die Verteilungen erhaben hat — die Abgeordneten v. Oudendorp und Dr. Raue scheinen am Montag dem Führer der Deutschen Volkspartei sehr ernste Vorhaltungen gemacht und den Reichsaussenminister darauf hingewiesen zu haben, daß die Rede im preussischen Landtage in einem unerwarteten Widerspruch stehe zu der Haltung, die das kaiserliche Amt in den bisherigen Verhandlungen mit dem Zentrum über das Kontraktbündnis eingenommen hat.

Stresemann wird man beim nächsten zwischen der Zentrum, Stresemanns am Sonntag und der am Dienstag im Reichstag in den Antworten auf die demografischen und sozialdemokratischen Fragen, wie der Reichsaussenminister sich zum Kontraktbündnis stellt. Vielleicht hat es aber auch eine Rolle gespielt, daß in mehr als der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei selbst die Ansichten über das Kontraktbündnis geteilt sind.

Wenn man sich bei den Augen hält, dann wird man die Begriffe nach ihrem wahren Wert einschätzen vermögen. Es ist festzustellen, daß die preussische Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei unentwegt an der Ablehnung des Kontraktbündnisses festhält. Als Oppositionspartei kann sie diesen billigen Luxus sich leisten; da fordert der Mut keine Opfer, da kann man höchstens ein paar gläubige Seelen als Wähler gewinnen. Aus begründeten tatsächlichen Gründen wird man auch den

Anschein ermeden, als ob es auf das preussische, nur auf das preussische Kontraktbündnis, das Reichstagskontraktbündnis selbst, die Entscheidung maß man nicht erst legen, daß fast der Betrag, der zwischen dem Reich und dem Zentrum abgeteilt worden ist, die entscheidende Bedeutung hat, daß das Reichstagskontraktbündnis dem preussischen auch zeitlich vorangeht und. Und im Reich hatte

Bebauung des Scheunenviertels beschlossen

Beginn der Bauten am 1. Juni — Die ersten Häuser noch in diesem Jahr bezugsfertig

Wie wir erfahren, hat die Baufirma Alfred Schroeder mit dem Eigentümer der Scheunenviertel am Potsdamer Platz ein Abkommen getroffen, daß die Bebauung sämtlicher Grundstücke in kürzester Zeit sicherstellt. Auf Grund eines Magistratsbeschlusses wird das Baugesamt Mitte gemeinsam mit dem Städtebauamt der Stadt Berlin damit betraut, die Baupläne festzustellen.

Ein Oudendorp-Beschluss, das aus dem Einbauamt für Hochbauten Dr.-Ing. Wagner, dem Bürgermeister des Baugesamts Mitte Herr v. Oudendorp, dem Oberbaumeister Dr. Franke und dem Baugesamt Mitte und zwei Vertretern der Baufirma besteht, hat vier namhafte Architekten, Professor Böhmig und die Architekten Hilberseimer, Kaufmann und Schaub, deren Auf eine einmündige städtische Behörde verhängt, zur Einreichung von Entwürfen bis zum 16. Mai aufgegeben. Die Frist ist sofort zu bemerken, damit bei Auslieferung des Baugesamtes möglichst beschleunigt wird und in den ersten Tagen des Juni beginnen kann.

Nach dem Programm der Baufirma ist noch in diesem Jahre mit der Fertigstellung der ersten Häuser zu rechnen.

Durch diese Befehle vermindert endlich einer der unruhlichsten Teile Berlins, das Scheunenviertel, um der Mißstände. Moderne Häuser werden anstelle baufälliger Verfallsbauten und Himmelpfaffen treten. Die Volkspartei aber wird eine wirelige Umgebung erhalten.

Die Deutsche Volkspartei als Regierungspartei die Möglichkeit, eine Vorlage zu verhindern oder zu Fall zu bringen, die ihren so eifrig betonten liberalen Anschauungen widerpricht. Am Sonntag konnte man auf einen solchen frühen Einfluß der Deutschen Volkspartei noch hoffen. Aber wird heute auch nur einen Dreier dagegen werten, daß die Deutsche Volkspartei im Reichstage zu allem Ja und Amen sagen wird, was Zentrum und Deutsche Nationalen im Kontraktbündnisverträge dem Zentrum ausgeben werden?

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat heute zwischen 1 und 2 Uhr gest. Während war auch der Außenminister Dr. Stresemann, hingegen waren einige Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion. Neben „Schwehden“ Fragen ist auch über die Kontraktbündnisfrage gesprochen worden, aber Befehle sind nicht gefaßt worden.

Deutschland in der Albanien-Kommission

Zwei deutsche Vorbehalte

Im Außenministerium ist jetzt die Anregung der Völkervereinigung und Frankreich erfolgt, um Deutschland zur Teilnahme an der geplanten Vermittlungskommission zwischen Italien und Albanien einzuladen. Es soll, während zwischen Rom und Belgrad direkte Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts geführt werden, eine Kommission gebildet werden, an der Deutschland, Frankreich und England beteiligt sind und die, falls sich irgendwelche Zwischenfälle ereignen, sofort in Aktion treten soll.

Deutschland hat sich grundsätzlich zur Teilnahme an der Kommission bereit erklärt, falls zwei bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden: einmal die Zustimmung sämtlicher interessierten Mächte vorzuzugehen, und zweitens die Funktionen der geplanten Kommission festgelegt werden.

Dollar und Nationalismus

Von
Wilm Klein
Beilagehefter der „Vossischen Zeitung“
* Warschau, 5. April

„In Berlin und Warschau sind diplomatische Verhandlungen eingeleitet, um die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Verhandlungen zu ermöglichen und durch Regelung der Wiedereinführungs- und Ausfuhrverhältnisse die Exportschwierigkeit zu beseitigen, die einem entgegenliegenden „modus vivendi“ der beiden Nachbarn entgegensteht. Nach Warschau ist der Oberste Rat mit sehr weitgehenden Vollmachten abgegangen, um einen ersten Schritt zum „Acquieszenz des Orients“; die Verhandlungen über einen Ökonomischen mit Zahlung in Fluß zu bringen. Die polnische Regierung sich damit ihren Willen zu Ruhe und Frieden zu erkennen.

Drei Jahre etliche Jahre unbelohnter Ruhe braucht, um aus seiner ökonomischen Wirtschaftslage herauszukommen und finanziell zu gesundem, fort und auch zur Bildung der Welt, aber gerade er, der Gold, überfordert durch die Konjunktur, mit der er die Notwendigkeit einer vertrauensvollen Friedenspolitik durchzuführen sieht. Daran gehen aber abnehmende Lieferverträge und die Abnahme der Beziehungen zu Deutschland und zu Zahlung sind — wie Polen oft gehört hat — die Vorbedingungen, um die Gesundheit der Welt sicher zu erwerben. Man braucht sich heute nicht darum zu streiten, ob der französische Einfluß in Warschau stärker ist oder der polnische. Die polnische Politik ist das im neuen Amerika das beherrschende Moment. Die polnische Politik orientiert sich zu weit in Richtung auf den Dollar, deshalb müßt sie sich noch allen Seiten um Erlaubnis und Mühe.

Die Anleihe aus dem Dollarlande soll nicht nur das Wirtschaftskrisen, sondern letzten Endes die gebräuchliche Stimmung des ganzen Landes heben, bis in das sorgereicherleinheim des einzelnen Kaufmanns, Seidenwebers, Beamten und Arbeiters hinein. In dem wirtschaftlichen der polnischen Regierung liegt ein gut Teil innenpolitischer Arbeit, der wenigen Tagen ist eine Delegation aus New York zurückgekehrt, sie hat — bei Nicht bestehen — nicht mehr als ein Fünftel voll guter Hoffnungen mitgebracht; sie konnte der Bewegung einige Verhandlungen und Bedingungen — darunter so wichtige, wie die Zulassung fremder Kontrollen — mitteilen, bei deren Erfüllung ein Bankrottzustand bereit sei. Polen eine nicht sehr große Anleihe zu geben. Diese erste Schwäche von jenseits des Ozeans hat in der Regierung gewisse Erwartungen erweckt, die durch die Zweifel an der Anleihe wird in Optimismus erstickt. Und der Wiederholung eines der Berliner amerikanischen Wirtschafters Schwächen hat diese Hoffnungen noch befristet Gemäß, sind aber nur nach dem Erfolg der Verhandlungen, wie Polens Sorgen endlich erleichtert die demokratische Wache steigen, wie die Dankschätzung wieder sinkt, seit die glückliche Konjunktur des englischen Kohlenpreises vorüber ist. Man hofft sich langsam wieder dem Punkte, an dem man im letzten Frühjahr war, aber auf den Lauf einer Weltverbundanstalt laut wurde. Geht es vor diesem Zeitpunkt, den Joch durch einen freiwilligen Dollarkontrakt in der Rollen der Welt von Polen festzuhalten und mit einer unteilbaren Kontrolle ihrer Wirtschaften mit einem amerikanischen Kontrollen über die Wirtschaften der Welt, so erklärt das natürlich die volle Stimmung über das Aufleben dieser Möglichkeit am Horizont. Aber hinzu kommt eben noch etwas anderes, das in der innenpolitischen Lage der Regierung sichtbar begründet ist.

In den elf Monaten seit seinem Eintrittspräsident hat ein stilles, aber hartnäckiges Ringen um das noch Unbekannte ab, was als „neues System“ aus dem Unlutz erwachsen soll. Alle bisherigen Versuche Polens, „moralisch“ auf internationaler Ebene die Wirtschaften der Welt zu befreien, das englische Parteizentrum niederzulegen und ein Idealparlamenten freirechtlich-neuzustelliger Geister zu schaffen, denen der Staat alles und die Partei nichts ist — sind nicht gelungen, sind als erfolglos anzusehen an der unteilbaren Wirtschaft geblieben. Die Idee, ein Parlament zu bilden, der Versuch, ein religiöses, parteifreies Lager vom Fabrikarbeiter bis zum Magnaten um zu gewinnen, ist scheitern alles bis ins Irre. Neben, es sind und Propaganda in den Wirtschaften der Welt, die Völkervereinigung noch ist, daß die große graue Masse, der Osten und Westeuropas gleichgültig ist, die aber eine Befreiung ihrer materiellen Lage von denen erachtet, denen sie ihre Stimme nicht geben können, sind als erfolglos anzusehen. Die polnischen Probleme sind hier so ernst anzusehen, wie es die Welt kommen von nationalisierenden auch war. Wenn in die Wahlen gehen will — und vorläufig will das Polens — der auch nicht in die Lage zu folgen erwirken können: vergrößern andere Wege haben hier so ernst anzusehen, daß man nicht nennbar mehr an die Wahlurne kommen.

Ein solcher Erfolg kann heute schwer auf außenpolitischem Gebiete gefaßt werden; selbst der von beherrschenden Polens Wirtschaften erweckt, und die sich gegen die Welt wie in vieler Hinsicht notwendig und nicht aufgeben, die eine bessere Welt und Geschäfter und kein Abhängen